

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags, 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pfennig. Einzelnummern 5 Pfennig. Einzelnummern 5 Pfennig.

Wagnispreis: Die Spaltenpreise betragen 20 Goldpfennig, die 4-spaltigen Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltigen Reklamengruppe im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Reklamengruppe über 20 Goldpfennig. Sonstige und Prospektarbeiten werden nach Möglichkeit übernommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der durch Fernsprecher übermittelten Nachrichten übernimmt der Absender. Jeder Redaktionsanspruch ist schriftlich zu stellen, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt. Einzelnummern 5 Pfennig.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 174. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Abk.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden. — Postfach: Dresden 2640. — Mittwoch, den 29. Juli 1925.

Englisches Erstaunen.

England ist etwas erstaunt, doch wir Deutschen können nicht umhin, erstaunt zu sein, daß England erstaunt ist über die deutsche Note und über die Neben, die zu ihrer Kommentierung und Ergänzung durch den deutschen Außenminister und den Reichskanzler gehalten worden sind. Hat man in England wirklich geglaubt, daß man sich nun, nach Überwindung der französischen Note, einfach an den Verhandlungstisch einer Konferenz setzen könnte und binnen acht Tagen den Weltfrieden schaffen? Immerhin kann man feststellen, daß dieses wirklich vorhandene oder gut gespielte Erstaunen dem Grade nach recht verschieden ist. Da ist zunächst Herr Chamberlain, Staatssekretär des Auswärtigen, und mit Herrn Briand — wenn auch nicht immer, so doch meist — ein Herz und eine Seele, den Einwirkungen seines französischen Kollegen in der Regel nachgebend. Er ist ganz besonders heftig erstaunt und sagt das auch ganz offen. Er habe geglaubt, daß weitere schriftliche Meinungsäußerungen durch eine persönliche Aussprache der Vertreter der beteiligten Länder ersetzt werden sollten, um eine allseitig befriedigende Vereinbarung zustande zu bringen. Statt dessen sei die deutsche Antwort so gehalten, daß derartige schriftliche Meinungsäußerungen weiter stattfinden. Chamberlain ist begeisterter Freund des Gedankens eines Sicherheitspactes und zählt in seiner Rede die Gruppen auf, auf denen die Welt bisher schon einer größeren Beruhigung entgegengekehrt sei. Schon der deutsche Vorschlag eines Sicherheitsabkommens und seine grundsätzliche Annahme durch die Alliierten habe ein merkliches Nachlassen der bis dahin vorhandenen Spannung bewirkt, und wenn Deutschland die Forderungen der interalliierten Entwaffnungsnote erfüllte, käme als zweite Etappe die Räumung der nördlichen Rheinlandzone.

Wenn Chamberlain derartige Forderungen stellt, die von Deutschland dann „ehrlich und reibungslos“, also ohne Widerspruch erfüllt wissen will, so ist für uns jedenfalls kein Erstaunen darüber ersichtlich, daß die Sache nun nicht so klappt, wie er es sich denkt oder zu denken sich den Anschein gibt. Aus dem Gedanken heraus, daß also die Sache doch nicht so schnell vorwärts geht, wie er sich das denkt, rührt er seine an eine recht überraschend kommende Erwägung: könnte nicht England der Garant für die Aufrechterhaltung der Grenzen — wenigstens an den deutsch-französisch-belgischen Grenzen — werden?

Chamberlain meint, die Unterstützung Englands sei notwendig, um die schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Schon deswegen, weil die Unverletzbarkeit der Grenzen eine Grundlage der eigenen englischen Sicherheit sei. Das ist zweifellos richtig und entspricht dem englischen Willen nach Aufrechterhaltung des augenblicklichen Zustandes ebenso wie der besonderen Absicht Chamberlains, eine stärker eingreifende Kontinentalpolitik zu treiben, als das eigentlich der Absicht maßgebender Ministerkollegen im englischen Kabinett entspricht. Nicht ganz ohne Absicht hat Baldwin darauf hingewiesen, daß Chamberlain mit großer Deutlichkeit die englische Auffassung über den Sicherheitspact dahin präzisiert habe. Dieser Pact dürfe England neue Verpflichtungen nicht auferlegen. Ob der Gedanke einer englischen Garantie nicht über diese Einschränkung hinausgeht? Wenn man bedenkt, was alles Frankreich in den Sicherheitspact hineingeworfen hat, dann wäre eine Garantiefestlegung Englands ein derart tiefes Hineinzerren in die politischen Probleme des Kontinents, daß wohl gerade den konservativen Mitgliedern des Kabinetts harte Bedenken kommen können. Baldwin erhofft ja alles — angeblich — vom Völkerverbund; nach einem Eintritt Deutschlands würden auch wir Gelegenheiten haben, alle unsere Beschwerden vorzubringen. Und auch unsere Forderung der allgemeinen Abrüstung, die im Völkerverbund enthalten ist. Aber er sieht in der deutschen Note den Versuch, auf dem Wege der Verständigung vorwärts zu kommen.

England schwankt und labiert; zweifellos liegt die Führung der Außenpolitik wieder einmal in Paris, aber nicht in London. Briand hat ja schon wenige Tage, nachdem er im Besitz der deutschen Antwort war, schnelle Schritte in London getan, um dort seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Auf Chamberlain kann er sich verlassen; der tut ja schließlich immer, was Briand will. Und Briand ist Mannes genug, die englische Unsicherheit und Verlegenheit, das englische Schwanken und Labieren auszunutzen.

Räumung von Essen und Düsseldorf.

Essen, 27. Juli. Die Räumung der Stadt Essen durch die Franzosen, die schon vor einiger Zeit begonnen hat, ist in vollem Gange. Größere Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgezogen. Auch die planmäßige Räumung Düsseldorf hat mit dem Abzug des größten Teils des in Düsseldorf liegenden Artillerieregiments begonnen. Seit Montag vormittag verlassen kleinere Abteilungen von Spezialtruppen

Beratung der Steuervorlagen

Die mißliche Lage der Reichsfinanzen

(103. Sitzung.) — Berlin, 27. Juli. Der Reichstag begann die zweite Lesung der neuen Steuervorlagen. Es handelt sich dabei um das Einkommensteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz, das Reichsbewertungsgesetz, die Vermögens- und Erbschaftsteuer, die Verkehrssteuer, die Verbrauchssteuer, den Finanzausgleich, die Bier- und Tabaksteuer. Im Namen der Regierungsparteien gab Abg. Dr. Oberlohren (Dn.) eine gemeinsame Erklärung ab, daß im Hinblick auf die Regierungsparteien hätten sich trotz schwerer Bedenken wegen Einzelheiten der Gesetze entschlossen, den Vorlagen zuzustimmen. Die Befassung der Wirtschaft und der einzelnen Steuerzahler sei zwar geradezu unerträglich hoch, aber die Finanzlage des Reiches und die schweren Reparationslasten ließen leider eine weitere Milderung nicht zu. An das Ausland müßte die dringende Mahnung gerichtet werden, einen

vollständigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft dadurch zu verhindern, daß man mehr Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten nimmt. Besonders schmerzhaft sei es den Parteien, daß die Finanzlage des Reiches einen härteren Abbau der Umsatzsteuer nicht erlaube hätte. Die Parteien äußerten einbrünstig den Wunsch, daß die Regierung in eine eingehende Prüfung der Frage eintritt, wie das System der Umsatzsteuer

geändert werden könne. Die Regierungsparteien hätten den sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen durch eine wesentliche Verhärtung des Kinderprivilegs. Mit dem Finanzausgleich sei den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden mehr als bisher Rechnung getragen worden.

Abg. Dr. Deth (Soz.) benannte zunächst die Art, wie die Regierungsparteien die Verhandlungen im Ausschuss geführt hätten. Eine gesunde Steuerreform hätte davon ausgehen müssen, daß zur Förderung der deutschen Wirtschaft vor allem die Stärkung der inneren Kaufkraft der breiten Masse notwendig sei. Nach vor knapp einem Jahre hatte ein Führer der Deutschnationalen den Standpunkt vertreten, solange Deutschland Reparationslasten trage, dürften die deutschen Steuerlasten nicht erhöht werden. Jetzt würden aber die

Waffensteuern auf Bier und Tabak ohne Not so erhöht, daß man daraus freiwillig 500 Millionen Goldmark mehr an die Entente zahle, als das Londoner Abkommen dem deutschen Volke auferlege. Ein Steuersystem, das mehr als Vierfünftel aller Löhne den besitzlosen und enteigneten Schichten des Volkes auferlege, werde dauernd den beständigen Widerstand aller Leistungsschwachen herbeiführen. Seine Partei lehne für dieses Geschehenswert jede Verantwortung ab.

Abg. Reubauer (Komm.) meinte, mit diesem Steuerwerk sei die Voraussage der Kommunisten erfüllt, daß die Löhne des Dawes-Pactes den breiten Massen des Proletariats zugunsten würden. Man müsse fragen, ob die Mitglieder der Reichsregierung sich als Agenten des englisch-französisch-amerikanischen Großkapitals läßtten. Der kommunistische Redner forderte dann vor allem die vollständige Abschaffung der Hauszinssteuer, der Umsatzsteuer und der Lohnsteuer.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) bedauerte, daß die Regierung der an ihren Steuervorlagen geübten Kritik keine Folge gegeben habe. Die von der neuen Regierung bei ihrem Amtsantritt gegebenen Versprechungen seien nicht erfüllt worden. Die zugesagte grundsätzliche Anpassung der Steuerlasten an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei nicht vorgenommen worden. Im Ausschuss sei man an der entscheidenden Frage vorbeigegangen, wie ein dauerhaftes Verhältnis zwischen Volkswirtschaft und Steuern wieder hergestellt werden

die Stadt. Die Besetzung Düsseldorf betrug etwa 20.000 Mann einschließlich der Stäbe. Zurzeit liegen in Düsseldorf noch ein Infanterieregiment, ein Kavallerieregiment, eine Anzahl Stäbe und Militärverwaltungsbehörden. Sämtliche Truppen gehörten der dritten Liniendivision an.

Die Amnestievorlage.

Berlin, 27. Juli. Der Reichstagsausschuss für Rechtspflege setzte die allgemeine Erörterung über das Amnestiegesetz fort. Abg. Lohmann (Dnl.) erklärte ein Staat mit Selbsterhaltungswillen dürfe in der Gewährung von Amnestie nicht zu weit gehen. Der Mehrheit seiner Freunde gehe schon die gegenwärtige Vorlage zu weit. Dr. Rosenfeld (Soz.) verlangte Amnestierung auch unpollitischer Delikte. Als Vertreter Preußens legte Geheimrat Schäfer dar, daß von den politischen Delikten nicht alle der Reichsgesetzgebung und der Reichsgerichtsbarkeit unterliegen. Ob auf diese politischen Delikte die Amnestie der Länder zu erstrecken sei, besonders auf Grundgebungen im politischen Kampfe, werde gegenwärtig in Preußen beraten. Eine volle Gleichmäßigkeit in den Amnestien der Länder sei schon deshalb nicht nötig, weil die Amnestie ein Ausfluß des Beobachtungs-

tonie. Die Lage werde noch verhängnisvoller, wenn sich der verfehlten, überspannten Steuerpolitik noch eine verfehlte überspannte Hochschulpolitik geselle. Der Redner richtete an den Minister die Frage, ob er tatsächlich den gegenwärtigen Steuerdruck aufrechterhalten wolle. Die rücksichtslose und bürokratische Notwendigkeiten nicht gebotene Steuerpolitik der Regierung mache der Wirtschaft

jede Produktionssteigerung unmöglich. Die gegenwärtige Finanzlage würde einen durchgreifenden weiteren Steuerabbau durchaus gestatten. Das vom Reichsfinanzminister angekündigte Defizit sei nicht eingetreten, sondern man müsse mit einem

Überschuß von mehr als einer Milliarde rechnen. Der Redner verlangte zum Schluß einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigenausschuß, der den Weg zu einer wirklich großen Finanzreform ebnen soll.

Reichsfinanzminister v. Galsleben

führte aus, er habe schon im Ausschuss den Vorwurf überlegt, daß er Fiskalismus und Thesaurierungspolitik treibe. Bei der gegenwärtigen unsicheren Wirtschaftslage sei es aber notwendig bei den Reichsfinanzen vorzugehen. Mit den jetzt festgestellten Überschüssen müsse man bis zum Ende des Jahres leben. Auf einen Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer, daß der Minister auf seine feiner Zahlen eingegangen sei, erwiderte der Minister man könne nicht verlangen, daß er im Augenblick auf all Zahlen eingehe. Das behalte er sich für später vor.

Räumungsvorbereitungen auch in Duisburg.

Duisburg, 28. Juli. Auch in Duisburg machen sich die ersten Anzeichen der Räumung bemerkbar. In vielen Privatquartieren wird eifrig gepackt und das Hauptgepäck fortgeschickt. Schon in den nächsten Tagen werden verschiedene Truppenteile die Stadt verlassen.

Die englische Stellungnahme zur deutschen Antwort am Quai d'Orsay übermitteln.

Paris, 28. Juli. Der englische Botschaftsrat Philipps hat am gestrigen Nachmittag dem politischen Direktor des Quai d'Orsay berichtet einen Bericht abgefaßt und ihm mündliche Erklärungen zur deutschen Note abgegeben. Aus gewissen Andeutungen ist zu entnehmen, daß die englische Regierung in einigen Punkten mit der französischen Regierung nicht einer Meinung sei. In politischen Kreisen ist die Nachricht, daß der englische Botschafter Lord Crewe nicht selbst bei Briand die Stellungnahme der englischen Regierung erörtert hat, mit Befremden aufgenommen.

Offensive Abd el Krims gegen die Spanier.

Paris, 28. Juli. Aus Tetuan wird gemeldet, daß Abd el Krim an der spanischen Front große Truppenmengen zusammengezogen hat, und zwar soll es sich um seine besten Kampfeinheiten handeln. Abd el Krim ist bemüht, in der spanischen Zone mehrere aufständische Stämme hierbei zu benutzen, um den Spaniern die notwendige Verbindung abzuschneiden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Abd el Krim einen großen Angriff gegen die Spanier vorbereitet und hierzu von der französischen Front reguläre Truppen zurückgezogen hat. Die Rückzugsbewegung der Araber in den letzten Tagen scheint auf die Umgruppierung der Kräfte zurückzuführen zu sein. Im Zusammenhang mit diesen Bewegungen sind wohl auch die französischen Erfolge zu erklären. Aufklärungen über die Stellungnahme der englischen Regierung

recht sei und dieses von den verschiedenen Ländern ganz verschieden ausgeübt werde. Ramentlich für die Rotbelisten und die Inzulationsbelisten sei die

Einzelbegnadigung vorzuziehen.

Preußen habe bereits in Rotbelisten 10.000 Einzelbegnadigungen verfügt. Staatssekretär Fock vom Reichsjustizministerium teilte mit, daß mindestens 100 vom Reichsgericht verurteilte Personen unter den gegenwärtigen Strafverfall fallen würden. Im ganzen seien in den Jahren 1924 und 1925 vom Reichsgericht 400 Personen wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt worden, darunter 300 Personen der linksradikalen Richtung. Angekommen wurde dann ein Antrag Dr. Kahl (D. Sp.), wonach die unter Amnestie fallenden Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zur Höhe von zwei Jahren nach der Regierungsvorlage bis zu einem Jahr) erlaßt werden sollen.

Reichsjustizminister Dr. Frenken

erklärte: „Zu dem Antrag Kahl hat die Regierung noch keine Stellung genommen. Ich glaube aber, wenn eine Amnestievorlage auf breiter Grundlage zustande kommt, wird die Reichsregierung sich zu diesem Auswege nicht ablehnend verhalten. Was die Einbeziehung der Straftakte gegen § 92 (Landesverrat) betrifft, so hat die Reichsregierung schon eine gewisse Bereitwilligkeit be-